

J-4**Titel** „Reichsbürger*innen“ entgegentreten!**AntragstellerInnen** Zollernalb**Zur Weiterleitung an** SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

„Reichsbürger*innen“ entgegentreten!

1 Die Jusos Baden-Württemberg fordern:

2 Zum geeigneten behördlichen Umgang von staatlichen Angestellten und Beamt*innen mit sogenannten
3 „Reichsbürger*innen“ ist folgendes umzusetzen:

4 Leitfäden und Schulungen, die sowohl auf Inhalte der Bewegung als auch Möglichkeiten zur souveränen Reak-
5 tion auf „reichbürgerliche“ Provokationen eingehen, werden vermehrt angeboten. Über die Einführung ver-
6 pflichtender Weiterbildungen in dieser Hinsicht ist gemeinsam mit den zuständigen Gewerkschaften und dem
7 Beamtenbund zu entscheiden.

8 Zur Aufklärung der Bevölkerung und Prävention der weiteren Verbreitung der kruden „Reichsbürger*innen“-
9 Ideologie sollen ferner:

10 1. Stiftungen, Vereine und Initiativen, die entsprechende Angebote erarbeiten sowie Ausstiegshilfen aus
11 der Szene bieten, durch das Land stärker finanziell gefördert werden.

12 2. Einheiten zu diesem Thema im Gemeinschaftskunde- oder Politikunterricht an sämtlichen Schularten
13 ab der 9. Klasse behandelt werden.

14

15

16 Begründung

17 Oktober 2016: Ein selbsternannter „Reichsbürger“ schießt auf mehrere Polizist*innen, vier von ihnen werden
18 zum Teil schwer verletzt, einer erliegt den Verletzungen später im Krankenhaus. Vor dieser Gewalttatkette hatte
19 die Polizei in Georgensgmünd (Bayern) versucht, bei dem 49-jährigen Täter Waffen sicherzustellen.

20 Ein erschreckendes Beispiel für ein mittlerweile weit verbreitetes Phänomen – die „Reichsbürgerbewe-
21 gung“. Seit Jahren fallen die Anhänger*innen der Ideologie in der gesamten Bundesrepublik auf: Sie drang-
22 salieren Angestellte und Beamt*innen auf Behörden, verzögern die Arbeit staatlicher Institutionen durch die
23 Bombardierung von ellenlangen und inhaltlich unzulänglicher Dokumente, bedrohen Politiker*innen demo-
24 kratischer Parteien und Verbände.

25 Politisch sind die „Reichsbürger*innen“ zwar keine homogene Gruppe, doch eine Reihe von Behauptungen ha-
26 ben alle gemein: So erkennen sie die Bundesrepublik Deutschland nicht an und sind der festen Überzeugung,
27 im Deutschen Reich (in den Grenzen von 1937) zu leben. Hierbei stützen sie sich auf die Annahme, es habe zur
28 Beendigung des zweiten Weltkriegs zwar eine Kapitulation der Wehrmacht gegeben, jedoch nie einen gültigen
29 Friedensvertrag zwischen den Siegermächten und dem Deutschen Reich. Die Deutschlandverträge aus den
30 1950er-Jahren und der Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 entkräften diese Behauptung aber eindeutig.

31 Der Geschichtsrevisionismus ist fester Bestandteil ihrer Argumentation, auch wenn dies nicht immer offen-
32 siv zur Schau gestellt wird. In diesem Sinne weigern sie sich, den Gesetzen und Verordnungen innerhalb der
33 Bundesrepublik Folge zu leisten. Insbesondere das Leisten von Steuern, Abgaben, Bußgeldern etc. wird ent-
34 schieden abgelehnt.

35 „Reichsbürger*innen“ sprechen staatlichen Angestellten jegliche Legitimation ab und ersetzen deren Hoheits-
36 gebiete gedanklich durch ihre eigenen verzerrten politischen Vorstellungen. Mittlerweile ist rund um die
37 „Reichsbürger*innen“ ein regelrechter Markt entstanden: Ausweise, Kennzeichen oder sonstige Fantasiedo-
38 kumente werden als Ersatz von amtlichen Personalausweisen, Kfz-Kennzeichen usw. vertrieben.

39 Nachweisbar wachsend sind die Verbindungen und Verflechtungen der „Reichsbürgerbewegung“ zu rechtsex-
40 tremistischen Kreisen, allerdings ist dies kein durchgängiges Merkmal. An manchen Stellen ist nationalsozia-
41 listisches und antisemitisches, an anderen monarchisches Gedankengut zu beobachten.

42 Schon lange kann die „Reichsbürgerbewegung“ nicht mehr als bloßes Ärgernis verharmlost werden; zu groß
43 sind ihre Einflüsse und der Anteil begangener Straftaten. Vor allem Politiker*innen, Beamt*innen und Anstell-
44 te auf kommunalen und Landesbehörden werden mit den „Reichsbürger*innen“ konfrontiert. Sie müssen vor
45 dem steigenden Gewaltpotenzial geschützt und in dieser Hinsicht thematisch besser weitergebildet werden.
46 Außerdem muss das Land dieses Phänomen ernst nehmen und in die Prävention sowie Ausstiegsarbeit inves-
47 tieren.

48 Da aktuell selbst die Popkultur vom Weltbild der „Reichsbürger*innen“ beeinflusst wird (Aussagen von Xavier
49 Naidoo, das Lied „Marionetten“ der Söhne Mannheims), ist Handeln und entschlossenes Gegenwirken der
50 Zivilgesellschaft geboten: Mehr Demokratie, weniger Verschwörungstheorie!